

IN KÜRZE

Rund 617 Millionen Euro Steuern mehr als im Vorjahreszeitraum hat Schleswig-Holstein im ersten Halbjahr 2011 eingenommen. Dadurch dürfte die Neuverschuldung mit etwa 600 bis 700 Millionen Euro nur halb so hoch ausfallen wie angenommen, sagte Finanzminister Rainer Wiegand (CDU). **+++ Eine vorzeitige Abwahl der Uslarer Bürgermeisterin** Martina Daske (parteilos) strebt der Stadtrat an. 29 von 34 Mitgliedern haben einen entsprechenden Antrag unterzeichnet, über den der Rat heute Abend in einer Sonder-sitzung abstimmen will. Kommt der Antrag durch, müssen die Bürger entscheiden. **+++ Rund 150 Kälber starben** beim Brand

eines Stalles in Dötlingen (Kreis Oldenburg) am Montagabend. Das Feuer entstand wahrscheinlich bei Schweißarbeiten an einer Kälberbox und breitete sich auf das gesamte Gebäude aus. Etwa 60 Tiere wurden gerettet. **+++ Der Planfeststellungsbeschluss für die Werservtiefung** liegt ab morgen in 35 Städten und Gemeinden entlang des Flusses aus. Zwei Wochen lang kann die Planung eingesehen werden. **+++ Durch einen Rechenfehler ins Stocken** kommt die Erweiterung des Sprengel Museums in Hannover. Die Stadt hatte vergessen, den üblichen Index für steigende Baukosten einzubeziehen. Damit fehlen mindestens 2,5 Millionen Euro. **+++**



DEUTSCH-DÄNISCHE GRENZE
Dänemark baut Kontrollposten

Dänische Grenzanlagen werden auf deutscher Seite am Autobahnübergang Ellund gebaut. Bereits im September sollen Bauarbeiten damit beginnen. Tafeln zur Geschwindigkeits-Reduzierung, Stopp-Lichter und Schranken zu installieren, sagte ein Sprecher des schleswig-holsteinischen Verkehrsministeriums. Die Pläne für den Bau der Grenz-anlagen gibt es schon länger als die Debatte um die verstärkten dänischen Zollkontrollen. Allerdings werden die neuen Anlagen jetzt Ausgangspunkt für die vermehrten Überprüfungen der Zöllner an der A7 sein. (dpa)

ÄRZTEMANGEL
Klinik muss ganze Station schließen

Das Heidekreis-Klinikum in Soltau schließt vorübergehend eine ganze Station. Geschäftsführer Norbert Jurczyk bestätigte am Dienstag einen Bericht des Radiosenders NDR 1 Niedersachsen. „Ärztmangel, Urlaubszeit und kranke Mitarbeiter haben uns zu diesem Schritt gezwungen“, sagte er. Die Patienten der Inneren Abteilung 1C wurden deshalb in andere Stationen verlegt. Die Station 1C wurde aber bereits am 15. August wieder geöffnet, kündigte Jurczyk an. Das Klinikum suche für seine Standorte in Soltau und Walsrode bis zu 14 zusätzliche Ärzte. (dpa)

UND HEUTE?

... werden die Opfer von Sandbostel geehrt

Lange Zeit musste vergehen, bis das ehemalige KZ-Lager Sandbostel bei Bremerförde 1998 zur Gedenkstätte werden konnte. Anfang der 90er Jahre gründete sich ein Verein, der die Geschichte des Lagers erforschen wollte. Allerdings stieß der auf heftigen Widerstand seitens der Bevölkerung, unter anderem, weil ein Teil des Gebiets aus dem Denkmalschutz herausgenommen und als Bauland ver-

kauft wurde. Sandbostel gilt als eines der größten Gefangenelager der Wehrmacht. Heute laden Jugendliche aus Polen, Russland und Deutschland zur Gedenkfeier an die Kriegsgefangenen ein, die zwischen 1939 und 1945 im Lager Sandbostel lebten. Die Jugendlichen stellen die Ergebnisse ihrer 14-tägigen Internationalen Workcamps vor, anschließend wird ein Kranz niedergelegt. Die Gedenkveranstaltung beginnt um 17 Uhr vor der evangelischen Lagerkirche in Sandbostel.



Foto: dpa

DIE AGRAR-INITIATIVEN (3)

Ferien auf der Massenfarm

Norddeutschland ist das Lieblingsfeld der Agrarindustrie. Immer größere neue Stallanlagen sind geplant. Aber die Bürgerinnen spielen nicht mehr mit. taz nord stellt Bündnisse, Initiativen und Vereine vor, die sich wehren. Heute: Tourismusförderung in den Brohmer Bergen.

Als idyllische Hügellandschaft mit Allen und ausgedehnten Wäldern liegen die Brohmer Berge im Südosten Mecklenburg-Vorpommerns. Eine ländliche Gegend, in der auf die Entwicklung des Tourismus gesetzt wird und wosich ein Naturschutzgebiet an das andere reiht. Doch mittendrin, in Klein Daberkow, soll eine riesige Hähnchenmast-Anlage entstehen, für 400.000 Tiere in acht Ställen. Mit 3,2 Millionen Hähnchen pro Jahr wäre das eine der größten Anlagen Deutschlands.

Mitbekommen haben das die AnwohnerInnen nur zufällig, um den Mai 2010. Aus den umliegenden Dörfern kamen sie zusammen, aus Krekow, Voigtsdorf, Schönhäusen, Straßburg. Mit fast 50 Leuten gründeten sie die Bürgerinitiative (BI) „Pro Landleben Brohmer Berge“. Lehrer, Rechtsanwälte, Landwirte und Betriebe aus der Tourismusbranche sind dabei: Das größte Hotel am Platz, Schloss Rattey, ebenso die Deutsche Wildtier Stiftung, die in Klepelshagen einen Wildtierpark betreibt, und Petra Sauer. Sie vermietet Ferienwohnungen. „Wir sind aus allen Wolken gefallen“, sagt sie. „Unsere Gäste wollen Urlaub auf dem Land, nicht auf einer Massenfarm.“

Nicht alle in der BI sind von Anfang an gegen Massentierhaltung gewesen. Vor allem wurde die Zerstörung der Natur befürchtet, es ging ums Geschäft. Das Schlosshotels Rattey lebe von einer intakten Landschaft, sagt dessen Geschäftsführer Karsten Förster. „Wir haben in den Tourismus investiert, eine industrielle Tierproduktion in der Nachbarschaft ist unserm Hotelbetrieb nicht zuträglich.“

Die Mastanlage brachte ungefilterte Abluft, Ammoniak, Keime, Feinstaub und jede Menge Verkehr: Lastwagen würden Futter anliefern, alle 35 Tage wäre eine Mastperiode beendet, zeh-

tausende Hähnchen würden zum Schlachthaus gebracht, neue Küken angeliefert, die Hühnerkacke auf die umliegenden Felder ausgebracht.

Für die etwa 10.000 Tonnen Kot im Jahr aber waren nicht genug Flächen vorgesehen. Die BI brachte Experten aus ihren Reihen in Stellung. Die wälzten die sechs Ordner des Antrags auf eine Genehmigung nach dem Immissionschutz-Gesetz. Mit Rat von Ingenieuren und Juristen brachte sie beim zuständigen Amt für Landschaft und Umwelt in Neubrandenburg die Einwände vor. Der Hähnchenmäster besserte nach und fand weitere Landwirte, die auf ihren Feldern die Exkremente verteilten.

Doch die BI kämpfte weiter, beanstandete Brandschutz, das fehlende Verkehrskonzept und ein mangelndes „Raumfeststellungs-Verfahren“. Nur einen Kilometer entfernt liegt das Naturschutzgebiet Lauenhagener See. Die Abwässer, so die Befürchtung, fließen auch dorthin. Noch wurde über den Antrag nicht entschieden.

Im Frühjahr legte Hotelgeschäftsführer Förster nach und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Schwerin. Die Tierfabrik nämlich soll offiziell von zwei selbständigen GmbHs betrieben werden, um die staatliche Mittelförderung von insgesamt einer Million Euro einzustreichen. Ohne den Trick, die GmbH zu splitten, wäre sie zu groß für den Zuschuss. Hinter allem aber steht, auch das fand die BI heraus, eine holländische Investmentfirma. Solche „Heuschrecken“ seien nicht erwünscht, sagt Christian Vorreyer vom Wildtierpark.

In den Dörfern regt die Mastanlage viele auf, an Häusern hängen Transparente gegen das „Hühner-KZ“. Mittlerweile geht es der BI auch um Tierschutz. 25 Tiere auf einem Quadratmeter, das sei keine artgerechte Haltung. Der Bau indes steht zur Zeit still, vielleicht wegen der Anzeige, vermutet der Schlosshotelier Förster. Er und die BI würden auch weiterklagen. In ihrem Fall, sagt Förster, wird der Kampf einer Bürgerinitiative nicht am Geld scheitern: Den lokalen Tourismusbetrieben ist die Landschaft viel wert. JPB



Die Unbelehrbaren

RUNDFUNKFREIHEIT Trotz des Ruffels des Bundesverfassungsgerichts hält die Hamburger Staatsanwaltschaft die Razzia beim Sender „Freies Sender Kombinat“ für rechters

VON KAI VON APPEN

Das Bundesverfassungsgericht hat im Januar dieses Jahres klare Worte gesprochen: Die Durchscheidung des alternativen Rundfunksenders „Freies Sender Kombinat“ (FSK) am 25. November 2003 auf richterlichen Beschluss war verfassungswidrig. Das gilt auch für die Maßnahmen der Staatsanwaltschaft bei der Razzia in Art und Umfang. „Die Mitnahme und Ablichtung redaktioneller Unterlagen greifen in die Rundfunkfreiheit ein“, urteilten die Karlsruher Richter.

Das sieht die Staatschutzabteilung der Hamburger Staatsanwaltschaft immer noch anders. „Die Mitnahme der Unterlagen war erforderlich, um den vagen Tatverdacht gegen den Beschuldigten Pomrehn zu erhärten“, sagt Staatsanwalt Henning Todt. Rückblende: Im Oktober 2003 sendete FSK ein Gespräch mit dem Pressesprecher der Hamburger Polizei, Ralf Kunz. FSK-Journalist Werner Pomrehn hat

te das Telefonat über Vorkommnisse auf einer Demonstration heimlich, also ohne Kunz vorher zu informieren aufgezeichnet. Die Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Verfahren wegen „Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes“ ein.

Obwohl die Polizei einen Mitschnitt der FSK-Sendung hatte, beantragte die Staatsanwaltschaft – in Hamburg registrierte – beim Ermittlungsrichter einen Durchsuchungsbeschluss, um den Tonträger sicherzustellen. 30 Polizisten stürmten am Nachmittag des 25. November den Sender. Obwohl sich Pomrehn als Urheber zu erkennen gab, begannen die Fahnder mit ihrer Durchscheidung, durchwühlten redaktionelle Unterlagen, lichte Mitarbeiterlisten ab und fertigten Grundriss-Skizzen an.

Das Amtsgericht und das Landgericht billigten später das Vorgehen der Ermittler, die Verfassungsrichter erklärten indes schon den Durchsuchungsbe-

schluss für verfassungswidrig und gaben den Rest des Komplexes zur erneuten Entscheidung beziehungsweise zur Feststellung der Rechtswidrigkeit an das Hamburger Amtsgericht zurück. In einer Stellungnahme verteidigt die Anklagebehörde ihr Vorgehen weiterhin. „Auch unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze zur Rundfunkfreiheit war die Mitnahme der Unterlagen und die Anfertigung von Kopien ein angemessenes Mittel“, schreibt Todt. Die Eingriffe in Grundrechte seien „in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der Straftat“ gerechtfertigt gewesen. Gegen Pomrehn ist später vom Ober-

„Die Bindungswirkung der Verfassungsgerichtsurteil wird grob verkannt“
FSK-ANWALT CARSTEN GERICKE

landesgericht eine Verwarnung mit Strafverbot ausgesprochen wurde.

Für FSK-Anwalt Carsten Gericke ist die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft ein Affront: Die Bindungswirkung einer Verfassungsgerichtsurteil werde in „vielfacher Hinsicht gröblichst verkannt“, sagt Gericke. Die Verfassungsrichter hätten festgestellt, dass die „Instanzgerichte im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung die Sicherstellung und Sichtung von Redaktionsunterlagen in verfassungswidrigerweise unterlassen haben.“

Durch die eigenmächtige Beschlagnahme ohne Gerichtsbeschluss, „maßte sich die Staatsanwaltschaft eine Kompetenz an, die ihr der Gesetzgeber zum Schutz der Rundfunkfreiheit gerade nicht einräumt“, sagt Gericke. „Trotz der Ausführungen des Verfassungsgerichts hat sie dies bis heute noch nicht erkannt.“ Ein Gerichtsurteil wird im Oktober erwartet.

Mehr Straße, weniger Jobs, keine Fähren

FEHMARNBELT Bau eines Tunnels gefährdet Hunderte Arbeitsplätze. Fährlinie Kiel-Göteborg droht die Einstellung. Rendite frühestens nach 39 Jahren

Der Bau einer festen Querung des Fehmarnbelt gefährdet Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Das räumt erstmals die Landesregierung in Kiel in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Andreas Tietze (Grüne) ein. Es handele sich um bis zu 6.000 Arbeitsplätze, deren Zukunft unsicher ist, rechnet Tietze aus den Einzelangaben des Wirtschaftsministeriums zusammen.

„Am ehesten dürfte die Stenalin potenziell betroffen sein“, heißt es in der Antwort, gegenwärtig seien jedoch noch „keine seriösen Prognosen“ über die Fährverbindung zwischen Kiel und Göteborg möglich. Nach Angaben von Tietze habe die Reederei Stena aber bereits vor Kieler Kommunalpolitikern durchblicken lassen, nach der für 2020 geplanten Fertigstellung eines Tunnels unter dem Fehmarnbelt die Einstellung ihrer Fährlinie



Vor der Einstellung: die Stena Scandinavica (l.) im Kieler Hafen Foto: dpa

zu prüfen.“ Davon wären mehrere hundert Jobs in Kiel und auch in Göteborg betroffen.

Der Lübecker Hafen rechne mit zehn Prozent Einbußen beim Güterumschlag, so die Landesregierung. Wie viele der fast 2.000 dortigen Arbeitsplätze davon betroffen wären, sei noch offen. Das gelte auch für die etwa 1.100 Beschäftigten der Reederei Scandlines, deren Fähren zwischen Puttgarden und Rødby über den

Fehmarnbelt pendeln. Scandlines habe aber noch nicht entschieden, „ob und in welcher Frequenz das Fährgeschäft weitergeführt wird“.

Aber nur ohne die schwimmende Konkurrenz wären die Bedarfsprognosen für den Tunnel halbwegs belastbar. Im Jahr der Eröffnung sei von 8.000 mautpflichtigen Fahrzeugen auszugehen, fünf Jahre später von 10.800, schreibt die Kieler

Regierung. Zurzeit befördern die Fähren jährlich etwa 5.500 Fahrzeuge. Selbst nach Aufgabe der Fährverbindung wären die Zuwächse mithin recht optimistisch geschätzt. Daraus ergebe sich, dass die Kredite für den Bau des mindestens 5,5 Milliarden Euro teuren Projekts frühestens nach 39 Jahren zurückgezahlt seien – für renditefixierte Investoren wäre das keine verlockende Perspektive. SVEN-MICHAEL VEIT